Quelle: TA vom 22.07.09

Kommunen wollen bei Abwasser Änderungen

Der Gemeinde- und Städtebund hat die neuen Regelungen zu den Abwasserbeiträgen begrüßt. Gleichzeitig verlangt man eine Korrektur der Novelle des Abgabengesetzes.

THÜRINGEN. Der Kommunalverband bemängelte, dass die CDU-Fraktion mehrere Verwaltungsgerichtsurteile nicht in ihren Entwurf eingearbeitet habe. „Das ist jetzt die Gelegenheit, vollständige Rechtssicherheit herzustellen", sagte Vizegeschäftsführer Bernhard Schäfer gestern dieser Zeitung.

Der Gemeindebund wird seine Stellungnahme zum heutigen Ende der Anhörungsfrist im Landtag einreichen. Die Neuregelung der Abwasserbeiträge war notwendig geworden, weil das Verfassungsgericht die von der CDU 2004 beschlossene Fassung für nichtig erklärt hatte. Damals war den Zweckverbänden und Gemeinden ein Teil der Kosten, die wegen der politisch gewollten Begrenzung der Beiträge anfielen, aufgebürdet worden. Dies sah das Gericht als Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung an.

Der Innenausschuss wird die mehr als 20 Stellungnahmen zu dem Gesetz am 28. Juli in einer öffentlichen Sitzung auswerten. Die Verabschiedung im Parlament ist für den 7. August geplant.

KOMMENTAR

Preis

Die Städte und Gemeinden und die ihnen unterstellten Zweckverbände finden die neuen Abwasserregularien der CDU gut. Und warum auch nicht: Schließlich haben sie vor Gericht gewonnen und streichen nun ihre Dividende ein. Sie erhalten in den nächsten Jahrzehnten eine halbe Milliarde mehr als Kompensation für das Wahlgeschenk, das Dieter Althaus im Mai 2004 den demonstrierenden Hausbesitzern machte.

Insgesamt stottert Thüringen für das damalige Manöver 1,79 Milliarden Euro an die Kommunen ab. Das ist der Preis für die Fehler, die seit den frühen 90er Jahren im Wasser- und Abwasserbereich gemacht wurden – und für die Ignoranz, die man später den oft berechtigten Protesten entgegenbrachte.

Natürlich, eine Lösung wäre immer teuer geworden. Dass sie nun derart viel kostet, ist jedoch das alleinige Verdienst der Regierung Althaus. md